

Inhaltsverzeichnis	I
Einleitung	1
Teil 1: Die verfassungswidrige Vermögensstrafe	5
A. Die kurze Geschichte des § 43a StBG a.F. von 1992-2002	6
* Das OrgKG von 1992 und der Begriff der organisierten Kriminalität	7
1- Kriminallstatistiken	16
2. Die praktische Anwendung der Vermögensstrafe	23
a.) BGH(S) in NStZ 1994, 429; BGH(S) in StV 1995, 16f	24
b.) BGHSt41,20ff.	26
c.) BGHSt41,278ff.	27
II. Das Ende der Vermögensstrafe	28
1. Die Kritik des Bundesverfassungsgerichtes	28
a.) Verstoß gegen den Bestimmtheitsgrundsatz	28
b.) Verstoß gegen das Schuldprinzip	30
2. Abweichende Meinung im Senat	32
3. Schlussfolgerungen	33
4. Weitere Bedenken wegen des Schuldgrundsatzes	35
a.) Strafrahmenerweiterung und Vermögensstrafe	36
i) Lebenslange Freiheitsstrafe und Vermögensstrafe	36
ii) Zeitige Freiheitsstrafe und Vermögensstrafe	40
iii) Isolierte Anwendung der Vermögensstrafe	42
b.) Die Unschuldsvermutung	43
i) Wirkungstiefe der Unschuldsvermutung	44
ii) Unschuldsvermutung und Vermögensstrafe	44
c.) Die Aussagefreiheit	46
d.) Der Personalitätsgrundsatz	47
5. Die Vermögensstrafe und die Eigentumsgarantie des Art. 14 I S. 1 GG	48
a.) Eingriff der Sanktion in den Schutzbereich	49
b.) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	53
») Sonstiger Eingriff	54
ii) Geeignetheit und Erforderlichkeit	54
iii) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	56
c.) Zwischenergebnis	59
6. Die Vermögensstrafe und der Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 I GG	59
7. Sonstige Bedenken	63
a) Vereinbarkeit mit dem Resozialisierungsprinzip	63
b.) Historische Bedenken	65
^B Ergebnis Teil 1	66

Teil 2: Zur Frage der Neugestaltung der Vermögensstrafe	67
A. Vermögensbezogenes Vorgehen in anderen Ländern	67
I. Schweiz	67
II. Italien	72
1. Repressives Vorgehen	73
2. Präventives Vorgehen	75
III. Frankreich	77
IV. Angelsächsischer Rechtsraum	79
1. Großbritannien	79
2. U.S.A.	81
V. Fazit	83
B. Bereits geregelter Bereich	84
I. Die Geldstrafe	84
1. Die Geldstrafe nach § 40 StGB	85
2. Die Geldstrafe nach § 41 StGB	88
II. Die Einziehung	91
III. Der Verfall	95
IV. Der erweiterte Verfall	98
1. Rechtsnatur	99
2. Anwendungsbereich	100
V. Strafprozessuale Vermögensbeschlagnahme	103
VI. Sonstige vermögensbezogene Sanktionen	105
1. Einstellung unter Geldauflage	105
2. Strafaussetzung zur Bewährung unter Geldauflage	106
3. Verwarnung mit Strafvorbehalt	107
VII. Polizeirechtliche Sicherstellung	109
VIII. Polizeirechtliche Beschlagnahme	111
IX. Fazit	112

C. Vorschläge zur Neuregelung	113
I. Vorbild §§ 17, 30 OWiG	113
1. Verhältnis von Ordnungswidrigkeitenrecht und Strafrecht	113
a.) Qualitative Abgrenzung	114
b.) Quantitative Abgrenzung	115
c.) Quantitativ-qualitative Betrachtungsweise	116
d.) Formale Abgrenzung	118
2. Die kombinierte Sanktion des § 17 OWiG	120
a.) Die eigentliche Geldbuße	120
b.) Die Gewinnabschöpfung	121
3. Kritik	122
II. Präventive Abschöpfung	124
1. Prävention durch Besteuerung	125
a.) Prävention nach bestehender Rechtslage	125
b.) Prävention nach Meyer/Hetzer	127
c.) Kritik	130
2. Abschöpfung durch das Polizeirecht	134
a.) Prävention nach Thiele	134
b.) Kritik	136
III. Erweiterte Geldstrafe nach § 41 StGB	137
1. Bisherige Geldstrafe als Privilegierung Vermögender	140
2. Ausgangsnorm § 41 StGB	143
3. Schuldprinzip und Prävention und erweiterte Geldstrafe	148
a.) Schuld und Tatprinzip	149
b.) Strafzwecke	150
i) Absolute Strafzwecktheorie	153
ii) Relative Theorien	156
iii) Vereinigungstheorien	162
iv) Antinomie der Strafzwecke	163
v) Stellungnahme	164
4. Anpassung des Tagessatzsystems	171
a.) Erhöhung der Tagessatzanzahl	173
i) Strafzumessung und Schuld	175
ii) Organisierte Kriminalität als Strafzumessungstatsache	178
iii) Täterbezogene Würdigung	178
iv) Doppelverwertungsverbot und täterbezogene Strafzumessungstatsachen	185
b.) Erhöhung der Tagessatzhöhe	192
i) Einbeziehung von Vermögen	193
ii) Eigenes Vermögen	194
iii) Fremdes Vermögen	196

c.) Bestimmung der Tagessatzhöhe	198
i) Das Freibetragsmodell nach skandinavischem Vorbild	199
ii) Der prozentuale Abschlag	200
iii) Die Ansicht Horns	202
iv) Erhöhung ohne Berücksichtigung des Vermögensstamms	203
v) Ansatzpunkt Lebenserwartung	204
vi) Der Ansatz von Seiles	206
vii) Stellungnahme und eigener Ansatz	207
5. Weiterführender Ansatz	209
a.) Mindesthöhe bei der erweiterten Geldstrafe	209
b.) Eigener Normierungsvorschlag	211
i) Hinsichtlich einer erweiterten Geldstrafe	211
ii) Hinsichtlich der normalen Geldstrafe	212
6. Strafzweckerfüllung oder Polizeirecht	213
a.) Im Spannungsfeld der vermögensbezogenen Sanktionen	213
b.) Die erweiterte Geldstrafe als echte Strafe	216
IV. Erweiterte Geldstrafe und die Rechtsprechung des BVerfU	219
1. Bestimmtheitsgebot und erweiterte Geldstrafe	219
a.) Strafart und Bestimmtheitsgrundsatz	221
b.) Strafhöhe und Bestimmtheitsgrundsatz	222
c.) Maßstäbe für die Normanwendung	226
i) Verhältnis erweiterte Geldstrafe zur Freiheitsstrafe	226
ii) Maßstäbe	230
iii) Katalogtaten oder allgemeines Bereicherungserfordernis	231
iv) Persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse	232
2. Schuldprinzip und erweiterte Geldstrafe	234
3. Art. 14 GG und erweiterte Geldstrafe	237
D. Zusammenfassung	239

PPN: 267678126

Titel: Erweiterte Geldstrafe statt Vermögensstrafe / von Steffen Häussler. - Tübingen : Köhler,
2007

ISBN: 978-3-935625-67-8

Bibliographischer Datensatz im SWB-Verbund